

Vortrag in Loccum am 3. Mai 2013

Sehr geehrte Damen und Herren!

Frau Dr. Monika Müller von der Evangelischen Akademie in Loccum hat mich gebeten, der Frage nachzugehen, was in Bezug auf die Bürgerbeteiligung aus der Vergangenheit für die Zukunft gelernt wurde und was gewollt wird. Dafür danke ich Ihnen und stelle fest: abstrakt lässt sich dies nicht sagen. Deutlich wird dies am offiziellen Abschlussbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu Gorleben, der in einer offiziellen Version der CDU/CSU und FDP vorliegt und in einem ausführlichen Sondervotum der SPD, der Grünen und der Linken. Das offizielle Ergebnis lautet:

„Die Entscheidung für Gorleben als Erkundungsstandort im Jahr 1977 ist nachvollziehbar, schrittweise und nach wissenschaftlich abgesicherten Kriterien erfolgt. Sie entsprach nicht nur dem Stand von Wissenschaft und Technik, sondern war auch aus heutiger Sicht geradezu beispielhaft und fortschrittlich.“<sup>1</sup>

Und weiter unten: „Die Beweisaufnahme hat auch gezeigt, dass die transparente und umfassende Kommunikation der Ergebnisse sowie der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern, die damals zum Endlagerprojekt Gorleben von den beteiligten Behörden geleistet wurden, ihrer Zeit weit voraus waren. Eine derartige Öffentlichkeitsbeteiligung war in den 1980er Jahren weder üblich noch gesetzlich gefordert.“<sup>2</sup>

Die anderen Parteien fordern in einem Sondervotum nach über 35 Jahren „Lug und Trug“ einen Neuanfang in der Endlagersuche.<sup>3</sup> Die gleichen Personen und die gleichen Institutionen, die die Eignung der Asse wissenschaftlich bestätigt haben, befanden über die „Eignungshöflichkeit“ des Salzstockes Gorleben und hielten konsequent an ihrem eingeschlagenen Weg fest. Die dem Laien offenkundigen Fehler in der Asse wurden von den Experten nicht zugegeben, geschweige denn analysiert und auf andere Expertisen übertragen. Experten änderten ihre Aussagen zudem je nach den politischen Vorgaben. Dies hat das Vertrauen in die Bereitschaft zum Dialog weiter erschüttert. Mehr noch: Es hat das Vertrauen in die Fähigkeit zum Dialog zerstört.

Das Phänomen der kontroversen Realitätswahrnehmung ist aus der Bibel bekannt. Martin Luther übersetzte es mit „Verstockung des Herzens“. Ein verstocktes Herz hatte zum Beispiel der Pharao. Er reagierte nicht auf die Argumente und Bitten des Mose. Erst als die sieben Plagen kamen ließ der Pharao das Volk aus Ägypten ziehen. Erst als die Katastrophe von Fukushima kam, verzichtete die Bundesregierung auf die Verlängerung der Laufzeiten. Erst als Bundesumweltminister Röttgen mit dem Versuch des sogenannten Gorleben-Dialoges gescheitert war begann die Arbeit an einem Endlagersuchgesetz. Die Bevölkerung hatte an dem angeblichen Dialog von Minister Röttgen einfach nicht mitgemacht. Nicht nur einzelne hatten sich verweigert, sondern gemeinsam wurde dem scheinbaren Dialogangebot

---

<sup>1</sup> 1.Untersuchungsausschuß der 17. Wahlperiode des Deutschen Bundestages „Gorleben“, Bewertung der Untersuchungsergebnisse vorgelegt von CDU/CSU und FDP, 2013, Seite 4

<sup>2</sup> PUA Gorleben CDU/CSU und FDP, Seite 43

<sup>3</sup> PUA Gorleben, Sondervotum SPD, Grüne und Linke, 17.04.2013, Seite 19

die kalte Schulter gezeigt. Auch die evangelische und die katholische Kirche haben sich an dem Gorleben-Dialog mit guten Gründen bewusst nicht beteiligt.

In diesen Tagen schließt sich ein angebliches „Zeitfenster“<sup>4</sup>, das den Endlagerstandort Gorleben aufrechterhalten und gerichtsfest machen soll. Angeblich geht es um einen Neuanfang. In der medialen Öffentlichkeit ist heute der Eindruck vorherrschend, dass es zur Zeit einen Neuanfang in diesen Fragen gebe und man auf eine Beteiligung der Bevölkerung setze im Sinne des AkEnd. Dieser hatte in seinem Abschlußbericht 2002 festgehalten: „Alle Beteiligungsformen, die der AkEnd vorschlägt, gehen von der Figur des Dialogs aus. Hierbei geht es nicht darum, über einzelne Veranstaltungen oder Beteiligungsschritte die Akzeptanz eines fertigen Verfahrens zu erhöhen. Es geht zumindest nicht nur darum, die Legitimität von Entscheidungen zu erhöhen. Vielmehr soll es durch den Dialog zu einem Abgleich von Interessen und zu der Herstellung von gemeinsam getragenen Wahrnehmungen und Bewertungen kommen. Der Dialog beinhaltet die Gleichwertigkeit der These und Antithese. Konflikte werden als Motoren zur Gewinnung besserer Einsichten über Unterschiede und Übereinstimmungen in der Sache und ihrer Bewertung verstanden.“<sup>5</sup> Soweit das Zitat des AkEnd-Ergebnisses.

Die jüngste Fassung des Standortsuchgesetzes dagegen setzt wie bisher üblich auf Information und Unterrichtung der Bevölkerung. Es setzt auf einzelne Veranstaltungen, auf Bürgerversammlungen, den Bürgerdialog und die Diskussion im Internet. Diese Unterrichtung soll „frühzeitig“ beginnen und zu Akzeptanz führen:

#### §9 Grundsätze der Öffentlichkeitsbeteiligung

„Das Bundesamt für kerntechnische Entsorgung und der Vorhabenträger haben jeweils im Rahmen ihrer Aufgaben und Befugnisse nach diesem Gesetz dafür zu sorgen, dass die Öffentlichkeit frühzeitig und während der Dauer des Standortauswahlverfahrens durch Bürgerversammlungen, Bürgerdialoge, über das Internet und durch andere geeignete Medien umfassend und systematisch über die Ziele des Vorhabens, die Mittel und den Stand seiner Verwirklichung sowie seine voraussichtlichen Auswirkungen unterrichtet wird. Der Öffentlichkeit ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Das Bundesamt für kerntechnische Entsorgung und der Vorhabenträger werten die übermittelten Stellungnahmen aus und nehmen im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung nach Satz 1 im Sinne eines dialogorientierten Prozesses Stellung. Das Ergebnis der Auswertung ist bei den weiteren Verfahrensschritten zu berücksichtigen.“<sup>6</sup>

Das Gesetz spricht nicht vom „Dialog“, sondern von einem „dialogorientierten Verfahren.“ Dies steht im Gegensatz zu den Empfehlungen des AkEnd.

---

<sup>4</sup> Der Begriff „Zeitfenster“ prägt seit 2010 die öffentliche Debatte, Bundesumweltminister Norbert Röttgen verwendete ihn regelmässig bis zu seiner Entlassung. Heute wird das Ende des Zeitfensters mit dem 5. Juli 2013 terminiert.

<sup>5</sup> Abschlußbericht AkEnd, 2002, Seite 54

<sup>6</sup> Entwurf eines Gesetzes zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für Wärme entwickelnde radioaktive Abfälle und zur Änderung anderer Gesetze (Standortauswahlgesetz – StandAG), Fassung 24. April 2013, Seite 11

Eine Bund-Länder-Kommission soll das Gesetz zwei Jahre lang evaluieren. Anschließend kann man das Gesetz möglicherweise modifizieren. Bis dahin wird weitergemacht wie gewohnt.

Ich bete darum, dass sich das „Zeitfenster“ schließt, bevor es zu dem Gesetz kommt. Denn ein Fenster steht für einen geschlossenen Raum. Es ist geöffnet, bis jemand sagt „es zieht“. Ich habe einmal in der Bibel nachgeschaut, in welchen Fällen jemand durch das Fenster in ein Haus kommt. Es sind immer nur Diebe, die diesen Weg wählen. Die Bevölkerung besteht jedoch nicht nur aus Dieben. Nötig ist es also, eine Tür zu öffnen, durch die Menschen guten Willens den Raum betreten können.

Ministerpräsident Stephan Weil hat das gewählte Vorgehen, erst ein 79seitiges Gesetz zu verabschieden und dies anschließend von einer Kommission die konzeptionellen Fragen klären zu lassen, mit einem Bild trefflich beschrieben. Er sagte: „Normalerweise ziehe ich mir erst die Strümpfe an und danach die Schuhe. Das Gesetz macht es genau umgekehrt.“ Eine Änderung sei nicht mehr zu erwarten, daher solle man es damit vorlieb nehmen, zuerst die Schuhe anzuziehen und darüber die Strümpfe.

Wann zieht man Strümpfe über die Schuhe? Vermutlich nur bei Glatteis.

In diesem Jahr 2013 geht ein Weg zu Ende, der 1955 begonnen hat, also bevor viele von uns geboren wurden. So will ich die Eingangsfrage nicht abstrakt beantworten, „was aus der Vergangenheit für die Zukunft gelernt wurde“, sondern berichten, was die Landeskirche Hannovers und ich persönlich in der Vergangenheit gelernt haben.

Als die Bundesrepublik Deutschland sich auf eine industrielle Nutzung der Atomenergie einstellte war allen Beteiligten bewusst, dass „der anfallende Atommüll eine sehr lästige Beigabe“ sei. Im Bundeswirtschaftsministerium wurde am 15. Februar 1955 festgestellt: „Die unschädliche Abführung radioaktiver Abfallstoffe ist eine Aufgabe, die gelöst werden muß, bevor der Bau eines Reaktors in der dicht besiedelten Bundesrepublik vertreten werden kann.“<sup>7</sup> Leider hat man diese wichtige Erkenntnis anderen Überlegungen untergeordnet. So wurde ein unlösbares Problem wider besseren Wissens herbeigeführt. Die Wissenschaft erhebt den Anspruch, die Probleme lösen zu können. Dabei wird offenkundig nicht reflektiert, dass die Wissenschaft auch zu dem Problem beigetragen hat.

1977 erschien ein Taschenbuch der DWK, in der eine Tabelle das Nukleare Entsorgungszentrum in Gorleben beschreibt. [(OHP-Folie 1) als ich es las war ich 21 Jahre alt]<sup>8</sup> Die erste Spalte beschreibt das Projekt „Nukleares Entsorgungszentrum“ mit einer WAA, einer Fabrik für Uranverarbeitung, einer Fabrik für die Herstellung von Brennelementen; ein Zwischenlager und Abfallendlagerung gehörten auch dazu. Wie die Zeitleiste zeigt, sollte das

---

<sup>7</sup> Zitiert nach Detlev Möller, Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Bundesrepublik Deutschland, 2009, S. 42

<sup>8</sup> Bericht über das in der Bundesrepublik Deutschland geplante ENTSORGUNGSZENTRUM für ausgediente Brennelemente aus Kernkraftwerken, Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen mbH (DWK), 2. Auflage September 1977, S. 13. Siehe auch Anlage

Endlager für alle Arten radioaktiver Abfälle 1993 fertiggestellt und in Betrieb genommen werden.

Das ist jetzt 20 Jahre überschritten und kein einziger Bereich, bis auf das Zwischenlager, wurde realisiert. Immer noch ist kein Atommüll im Salz eingelagert worden. Die Castor-Behälter stehen oberirdisch in einer offenen Halle, um die demnächst eine 10 Meter hohe Mauer zum Schutz errichtet werden soll. Das Projekt von 1977 ist vollständig gescheitert.

Die bisherige Öffentlichkeitsbeteiligung möchte ich visualisieren mit drei Bildern [OHP-Folie 2<sup>9</sup>] Zumindest sah die Öffentlichkeitsbeteiligung zur Zeit von Bundesumweltminister Klaus Töpfer so aus: Auf der einen Seite saß die Genehmigungsbehörde, auf der anderen Seite die Antragsteller und auf dem dritten Bild sieht man die Bevölkerung in der Rolle der Einwander. Bereits optisch wurde deutlich, wie nah bzw. fremd man sich war. Herrschten auf der einen Seite Seriosität und aktenmässige Ordnung, kam man jenseits der Demarkationslinie bunt und chaotisch daher. Waren die Wände der einen Seite senkrecht gestreift in einem klaren binären Code ja – nein – ja – nein, erschienen die Menschen und Wände auf der anderen Seite wie aus einer anderen Welt. Das war die Zeit, in der Bundesinnenminister Kanther die Öffentlichkeit im Wendland vor dem Deutschen Bundestag als „unappetitliches Pack“<sup>10</sup> bezeichnete. [OHP ausstellen]

Der Kirchenvorstand Gartow hatte sich von Anfang an sehr intensiv mit dem Projekt in Gorleben befasst. Als Inhaber von Salzrechten und durch die Polarisierung innerhalb der Gemeinde hat er sich dieser Thematik gestellt und von 1988 an einstimmige Beschlüsse gefasst, die aussagten, man habe nicht das Vertrauen gewinnen können, dass in Gorleben ergebnisoffen erkundet würde. Er forderte seither<sup>11</sup> öffentlich die Erarbeitung von Kriterien, an denen die Untersuchungs-ergebnisse zu bemessen seien, Transparenz im Verfahren, eine Beteiligung der Öffentlichkeit sowie ein alternatives Endlagersuchverfahren. Dies geschah in enger Abstimmung mit allen kirchlichen Ebenen von der Landeskirche bis zur EKD.

Immer wieder ging es um die Frage, was eigentlich unter „Beteiligung der Öffentlichkeit“ zu verstehen sei. So habe ich im Rahmen des AkEnd ein Dissensmanagement unter einer qualifizierten Moderation eingefordert.<sup>12</sup> Vor allem habe ich von 2000 bis 2007 im Auftrag der Landeskirche und des BMU an dem EU-Projekt Community Waste Management (COWAM) mitgewirkt. Dort kamen Vertreter der Industrie, der staatlichen Aufsichtsbehörden und der Stakeholder aus 14 Nationen zusammen. Damals war ich als Vertreter der Stakeholder in das steering committee berufen worden, und leitete mit Thierry Schneider aus Paris die Arbeitsgruppe „long term governance“. Allen „Cowamisti“ war bewusst, dass man dieses Problem nicht Gegeneinander, sondern nur in einem guten Miteinander lösen kann. Der Dialog ist erforderlich, bei wechselseitigem Respekt.

---

<sup>9</sup> Broschüre des Bundesamtes für Strahlenschutz, um 1993

<sup>10</sup> <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/13/13104.asc> Deutscher Bundestag: Plenarprotokoll 13/104 vom 09.05.1996, Seite: 09134

<sup>11</sup> Kirchenvorstandsbeschluss vom 16. Februar 1990

<sup>12</sup> Kolloquium Öffentliche Kommunikation AkEnd, 12.12.2000 in Frankfurt/Main, moderiert vom Institut für Organisationskommunikation (IFOK)

Immer noch bin ich glücklich, dies im internationalen Kontext erfahren zu haben und gelegentlich auch auf der nationalen Ebene. Wir kamen bei COWAM zu dem Ergebnis, dass es der breiten Beteiligung auf drei Ebenen bedarf: der Ebene der lokal Betroffenen, der nationalen Ebene und gleichzeitig auf der internationalen Ebene.

Wir hören manchmal von dem Vorgehen in der Schweiz oder in Schweden. Für mich war ein Schlüsselerlebnis die Diskussion der Situation in England, die seit 1997 sehr nahe war der Situation von Deutschland, allerdings erst im Jahre 2013.

In ganz Europa hatte man in den 1970er Jahren Entscheidungen für eine geologische Lagerung hochaktiver Abfälle getroffen nach dem Prinzip D – A – D: decide – announce – defend. Das bedeutet: Nach einer Standort - Festlegung, etwa dem Kauf der Asse oder der Benennung von Gorleben, Sellafield oder wie auch immer die Orte hiessen, begann eine Phase der Information der Öffentlichkeit mit dem Ziel der Akzeptanzbeschaffung. Gelingt dies nicht, setzte man auf staatliche Gewalt bei der Durchsetzung. In Deutschland sind besonders die Castor – Transporte nach Gorleben dafür bekannt. Doch anders als in Deutschland erkannte man in ganz Europa in den 1990er Jahren, dass dies nicht sinnvoll ist. In England zB entzogen die staatlichen Aufsichtsbehörden der NIREX (vergleichbar der NAGRA in der Schweiz oder der DBE in Deutschland) das Vertrauen. Das öffentliche Eingeständnis des Scheiterns ermöglichte es, ein neues Verfahren zu eröffnen: Dies wird abgekürzt mit DMP – statt einer voraufgehenden Standortentscheidung sollte es zu einem decision making process kommen. Also der Dialog und ein schrittweiser Entscheidungsprozeß sind im internationalen Kontext üblich.

Die erste Stufe eines Neuanfanges bildete in ganz Europa nicht ein fertiges Gesetz, sondern eine Fehleranalyse. Dies sollte auch in Deutschland so sein.

Die Kirchenleitung der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers hat am 13. April 2012 beschlossen, sich an den Verhandlungen zum Endlagersuchgesetz erst zu beteiligen, wenn sie offiziell angefragt wird. Dies muss über die Ebene der EKD erfolgen. Der Staat hat die Kirche bisher nicht aufgefordert, eine Stellungnahme zu dem Endlagersuchgesetz abzugeben. Was gewollt ist, ist die Verabschiedung des Gesetzes im Anschluß an die Erarbeitung der konzeptionellen Fragen durch die Enquete-Kommission. Sollte dies nicht möglich sein, wäre es wichtig, dass die Kommission „Anforderungen an die Beteiligung und Information der Öffentlichkeit“ im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrags vor dem Hintergrund des AkEnd evaluiert<sup>13</sup>.

Die Kirchengemeinde Gartow veranstaltet Anfang Juni ein Seminar zum Thema „Öffentlichkeitsbeteiligung“, damit eine möglicherweise betroffene Standortregion unter qualifizierter Begleitung sich unabhängig von staatlichen Vorgaben darauf vorbereiten kann, ob und wie sie sich an dem offiziellen Verfahren beteiligt. Auch das Land Niedersachsen prüft derzeit, ob es eine eigene Kommission beauftragt.

Bei Seminaren geschieht erfahrungsgemäß das Wichtigste in den Pausen. In einer solchen Pause klagte einmal ein Vertreter der Industrie: Wir haben mit allem gerechnet, mit

---

<sup>13</sup> Standortauswahlgesetz in der Fassung der Kabinettsvorlage vom 24. April 2013, Erläuterung zu den Aufgaben der Kommission §4 Absatz 2, Satz 5, Seite 9

Widerstand der Linken und der Chaoten. Die Kombination mit Kirche und Adel haben wir uns nicht vorstellen können.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen gute Gespräche in der Pause.